

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbeleggebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Sonnabend und Sonntag. — Jährlich 100 Nummern.

Leipzig, den 21. Februar 1920

Einzeigenpreis: Areal-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 22

Zustandekommen der Lehrlingsordnung

Die Kommission für Beratung einer Lehrlingsordnung für das Deutsche Buchdruckgewerbe, zusammengesetzt aus den Herren Prinzipalen van Aken (Krefeld), A. Forsberg (Berlin), Kommerzienrat Felix Kraus (Stuttgart), Otto Säuberlich (Leipzig) und den Herren Gehilfen Bruno Dreher (Leipzig), Paul Cäferl, Albrecht Fülle, Paul Mustall (Berlin) sowie den beiden Vorsitzenden des Tarifamts und dem Geschäftsführer desselben, hat heute ihre Beratung beendet. Zweck und Ziel dieser Beratungen war: grundlegende Bestimmungen zu schaffen für die Auswahl der Lehrlinge, für die Ziele, die mit Beendigung der einzelnen Lehrjahre zu erreichen sind, und schließlich Vorlage zu treffen für eine gründliche und wirklich sachmännliche Prüfung der Lehrlinge bei Aufnahme und bei Beendigung der Lehrzeit. Auch mußten die dafür erforderlichen Organe geschaffen werden, während die Lehrlingsordnung selbst ein Organ der Tarifgemeinschaft wird. Es ist Vorlage getroffen, daß die Organe, die für Durchführung der Lehrlingsordnung in Betracht kommen, vollständig neutral aus tariftreuen Prinzipalen und Gehilfen zusammengesetzt sind, und daß diese Organe als ausschließliche Aufgabe die Förderung des Lehrlingswesens zu pflegen haben, und daß es ihre Pflicht ist, dazu beizutragen, aus den für den Buchdruckerberuf gewonnenen jungen Arbeitsträften tüchtige Menschen und vollwertige Berufsgenossen werden zu lassen.

Berlin, 17. Februar 1920.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Weiten Kreisen der Berufsangehörigen wird durch diese Lehrlingsordnung Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden, und es ist dringender Wunsch der Lehrlingskommission, daß diese Lehrlingsordnung nicht nur ein Erziehungs- und Heranbildungswerk für neue Arbeitsträfte wird, sondern daß in ihr die Bürgerschaft ruht für ein Aufwärtstreben ihres Gewerbes zur höchsten technischen Entwicklung. Daneben sind die Rechte und Pflichten des Lehrherrn und des Lehrlings aus dem Lehrvertrag in gebührender Weise zum Ausdruck gekommen. Die Frage des Kostgeldes und der Steuerungsulage der Lehrlinge in allen Druckorten hat eine einheitliche Regelung gefunden, und auch für einen entsprechenden Erbnungsurlaub der Lehrlinge ist durch diese Lehrlingsordnung gesorgt.

Aufgabe des Tarifauschusses wird es sein, diese Lehrlingsordnung zu genehmigen. Sobald die Genehmigung erfolgt ist, wird die reichsbehördliche Genehmigung für Durchführung dieser Lehrlingsordnung seitens des Tarifamts nachgesucht werden. Es steht zu hoffen, daß diese Genehmigung von der Behörde erfolgen wird, und damit dürfte das Buchdruckgewerbe von neuem Zeugnis davon abgelegt haben, wie in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Prinzipalen und Gehilfen die Lösung wichtiger sozialer Aufgaben möglich ist. Die Lehrlingsordnung wird zweifellos zu einem bedeutsamen Markstein in der Geschichte der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker werden!

Prinzipalität — Gehilfenschaft

Wenn in der „Rundschau“ dieser Nummer von den Gehilfen manches Auerboulische, nicht aber in jedem Fall Unbegreifliches zu kritischer Erörterung gelangt, so macht sich den Prinzipalen gegenüber auch einmal eine solche Erleichterung notwendig. Es ist verständlich, wenn in diesen traurigen Zeitaltern, wo auf Gehilfenseite die Lebensnöte sich bis zum Zerreißen der Geduldsfäden verschärfen, wo bei den Prinzipalen und bei den Zeitungsverlegern die Materialnot, vor allem Papier anbelangend, sowie der Preiswucher für sämtliche Materialien es zu einem ähnlichen Zustande bringen, daß dann eben die Reibungsflächen sich vergrößern. Was eine bleibt aber unverrückbar bestehen: die Gehilfenschaft ist unter allen Umständen der weit mehr in Mitleidenschaft gezogene Teil. Diese Tatsache erfordert deshalb von Prinzipalsseite verständige Würdigung und verbietet Beurteilungen, wie sie in anderer Zeit üblich waren, in ihrer Peinlichkeit aber auch da nicht immer als löblicher Brauch anzusehen gewesen sind.

Da wir uns in der nächsten Nummer mit der für Gehilfenschaft und Prinzipalität weiter zugespitzten Zwangslage beschäftigen werden und jedenfalls auch den für die Zeitungsverleger rapid zu einem Nollstand ausgewachsenen Schwierigkeiten Betrachtungen widmen können, so soll jetzt den Zwangslagen unseres wirtschaftlichen Elends nicht weiter nachgegangen werden. Eine Verwunderung sei aber vorwegnehmend ausgesprochen: Die Prinzipale wie die Zeitungsverleger in ihren Organen und letztere sonderlich in ihren eignen Vätern haben von der Pressefreiheit wieder sehr geringen Gebrauch gemacht, sind über die Untriebe von rücksichtslosen Großkapitalisten, niemals zu befreienden Agrariern und dem die Preisdiktatur dieser Großmächte immer noch verschlimmernden Fänderlume mit einer Passivität sondergleichen hinweggegangen. Gerade weil die Situation, Thypsen, Augenber ulw. sich im Buchdruck- und Zeitungsverlegerbetriebe herumzuziehen beginnt — für die Pressefreiheit nicht zum Vorteil! —, müßte Gelegenheit genommen werden, zu sagen, was das Resultat der Preispolitik dieser Beherrscher unserer Hauptzeugnisse sein muß. Wie hat sich das Zeitungsverlegerorgan beim Betriebsrätegesetz ins Zeug gesetzt gegen die Gehilfen! Aber wann hat man es gefunden im Kampfe gegen die allgemeine

Verleuerungsstiftlich, gegen das gemeingefährliche Schlagwort von der Anpassung an die Weltmarktpreise? Die Rückwirkung davon erfährt doch nicht etwa nur das Ernährungsgebiet und demzufolge die Lohnfrage! Auch die „Zeitschrift“ übt sich in Schweigsamkeit darüber. Mit der Bekanntmachung des Tarifamts vom 6. Februar betreffend sofortige Erhöhung der Druckpreise wegen ungemieiner Verleuerer der Materialien ist doch allein kein Ausweg gefunden. Damit wird nur bewiesen, daß auch die Lohnbemessung nur allerhöchste Befristung haben darf.

Die Lokalaufschlagserhöhungen sowie die Bro- und Kartoffelzulagen via Zentralarbeitsgemeinschaft sind, mit den Ausnahmen der um 69 Pf. ansteigenden Lokalaufschläge, seit dem 15. Dezember den Gehilfen willkommenen Auswege gewesen. Für die Prinzipale läßt sich das freilich nicht sagen, besonders nicht in den Fällen, wo die Lokalaufschlagserhöhungen größere oder direkt große Mehrzahlungen ausmachten. Auf Gehilfenseite sind aber gerade die größten Druckorte von den Lokalaufschlagserhöhungen ausgenommen geblieben. Die Abbildung des an die Landwirtschaft zu entrichtenden neuen Tributs halbe den Vorzug mit der Zurückdatierung bis 1. Januar, war aber sonst nur ein winziger Bruchteil der mit dem neuen Jahre gleich einem förmlichen Preisstaukel sich überfüllenden Verleuerer. Die 5 und 10 Mk. hätte ein Zauberer nicht schneller verschwinden lassen können. Der von der Regierung, der Zentralarbeitsgemeinschaft und dem Gewerkschaftsbunde hier eingeschlagene Weg war wohl gutgemeint, jedoch allzu sehr Feilschaft. So ist Wiederholung wirklich nicht zu empfehlen.

Trotzdem ist zu sagen, daß mit den Lokalaufschlagserhöhungen und den genannten Zulagen das auf Prinzipalsseite bis zum 31. März gedachte verständliche Ruhebedürfnis ganz empfindlich gestört worden ist. Nicht durch die Arbeitnehmererschaft im Gewerbe, sondern durch ganz andre Faktoren, gegen die unsere Unternehmer größtenteils auch machtlos sind, die sie zum andern aber, wie schon gesagt, ihr Beutehandwerk gar zu ungerecht treiben lassen. Die Regierung mit. Der frühere Zusammentritt des Tarifauschusses ist ein sprechendes Zeugnis für die Macht der Talkassen, vor der auch die untern Prinzipale oft eigene Navität verfliegen muß.

Die Auszahlung der Bro- und Kartoffelzulagen wie die Durchführung der erhöhten Lokalaufschläge ist nament-

lich in den kleineren und in den Landdruckorten genau zu verfolgen. Wo die Prinzipale noch im Rückstande damit sind, macht sich natürlich zunächst entchiedene Vorstellung notwendig; es handelt sich ja um vom Tarifamt für verbindlich erklärte Forderungen. Dann müßten eventuell die Tarif- und Organisationsfunktionen von Weigerungen in Kenntnis gesetzt werden. Auch die Hilfsarbeiter fallen unter die ersten Zulagen.

Im andern Falle wird es Sache des Felder noch in der Schwebe befindlichen Reichstarifs für die Hilfsarbeiterschaft sein, mit den Lokalaufschlägen in Ordnung zu kommen. Die am 27. und 28. Januar resultatlos geführten Einigungs-verhandlungen in Leipzig, an denen von Gehilfenseite die Kollegen E. H. und Strahl sowie der Gutsenbergsbundvorsitzende Schräner teilnahmen, haben gezeigt, daß dieser Reichstarif, obwohl er bis auf die Erledigung des prozentualen Abstandes der Männerarbeit von den Gehilfenlöhnen reif für die Inkraftsetzung sein sollte, noch nicht frei von Unklarheiten ist. Die Festlegung der Lohnsätze für männliche Hilfsarbeiter war nach vieler Mühe gelungen, da machten die Prinzipalsvertreter eine Herabsetzung des Hilfsarbeitersanteils an den Steuerungsulagen geltend, obwohl hierüber schon feste Beschlüsse vorlagen. Es sollte für die Prinzipale eine andre Situation gegeben sein durch die bei den Einigungsverhandlungen erfolgte etwas höhere Bemessung der Lohnsätze. Mag auch ein Mißverständnis unterlaufen sein, an dem aber die andre Seite schuld war, so ist doch das Scheitern an diesem Punkte sehr zu bedauern, denn die Differenz kann nicht als erheblich betrachtet werden. Da in einigen Hauptdruckorten die Hilfsarbeiterschaft bzw. die Opposition derselben für den Reichstarif nicht sehr entgegenkommen ist, so muß der Ausgang der Leipziger Verhandlungen um so mehr bedauert werden. Wenn man auf Prinzipalsseite weniger bis in jedes Detail genau rechnen würde, wie es auch bei den Gehilfenforderungen die häufige wahrzunehmende, manchmal peinigende Übung ist, sondern den sozialen Notwendigkeiten besser entsprechende Entschlußkraft Brauch wäre, könnte manche Unstimmigkeit vermieden werden, was nicht zum geschäftlichen Nachteil der Prinzipale sein würde. Wir hoffen jedoch, daß die auf den Reichstarif der Hilfsarbeiter verwendete viele Mühe nicht vergeblich sein wird, vielmehr sein endliches Zustandekommen nur noch eine Frage kürzester Zeitfrist ist.

Im Faktorenorgan vom 14. Februar gibt die Vertragsgemeinschaft eine Reihe von gelassenen Beschlüssen bekannt. Punkt 7 befaßt, daß aus der Forderung der von der Vertragsgemeinschaft festgelegten Steuerungsulagen den Faktoren keine Nachteile erwachsen dürfen. Das über eine solche Selbstverständlichkeit erst noch eine amtliche Bekanntmachung Klarheit schaffen muß, ist sehr bezeichnend. Es gibt demnach immer noch Prinzipale, denen gar nichts daran liegt, wenn die eigne Organisation durch solche Handlungen mißkreditiert wird. (Schluß folgt.)

Weiteres zu den Zeitungsverboten

VII.

Diesmal ist von einer erfreulichen Klärung in Leipzig Kenntnis zu geben. In der Verammlung des Leipziger Gaus am 17. Februar hat sich doch noch eine erhebliche Mehrheit für unser Selbstbestimmungsrecht gefunden, trotz der unerhörtesten Machenschaften des sogenannten Hauptauschusses der Angestellten- und Arbeiterauschüsse, des verwesenden Arbeiterrats und des Gewerkschaftsauschusses — oder vielleicht gerade dadurch erst. Dann wäre man dem trefflichen Schilling wohl gar zu dank verpflichtet! Dieses Mannes Großenwahns ging so weit, von Leipzig aus einen allgemeinen Proteststreik zur Aufhebung der Zeitungsverbote in Szene zu setzen. „Die Arbeiterchaft von ganz Deutschland blickt auf Leipzig“, ist eine der kühnsten Phrasen dieser Leute, die dabei, wenn selbst ein wenig an solchen geschwollenen Redensarten wäre, ganz außer Betracht lassen, mit welchen Augen man draußen auf Leipzig sieht. Darin liegt allerdings gar nichts Schmeicheles für die großen Strategen der Minderheitsdiktatur, deren Terrorismus ins Abgrau

den Streik und 109 dagegen stimmten. Die Verhandlungen der Kommission verliefen ergebnislos, und so hätten gemäß dem Beschlusse der ganzen Mitglieberschaft sämtliche Zeitungsbetriebe am letzten Tage des Verbots stillgelegt werden müssen. Da aber dem Vorstande bekannt geworden war, daß die Zeitungsleger, die von dem Streik in Mitleidenhaft gezogen worden wären, in einzelnen Betrieben sich gegen den Streik erklärt hatten, veranlaßte dieser eine nochmalige Abstimmung, und zwar nur in den Zeitungsbetrieben. Es stellte sich heraus, daß das Nichterheben sämtlicher Bätter nicht gewünscht war, und es wurde deshalb vom Streik Abstand genommen. — Viele Faltung des Vorstandes gab Stoff zu einer dreißigminütigen Redebildung in der Versammlung am 8. Februar, die dadurch den anfangs erwähnten Tagesordnungspunkt wiederum nicht erledigen konnte. Von der Opposition wurde beantragt, der Vorstand solle sein Amt den Mitgliedern zur Verfügung stellen. Dieser aber wies nach, daß der Beschluß der letzten Versammlung ein übereifert gewesen sei, und daß es richtiger wäre, eine hitlere Blamage einer größeren vorzuziehen. Die Versammlung erkannte die Haltung des Vorstandes als richtig an, und es wurde das beantragte Mißtrauensvotum gegen den Vorstand abgelehnt, jedoch soll darüber, ob der Vorstand noch weiterhin das Vertrauen der Mitglieder besitzt, eine Urabstimmung stattfinden. Ferner wurde noch eine Resolution angenommen, die besagt, daß von einer öffentlichen Vorgehen in der Frage der Zeitungsverbote Abstand zu nehmen sei und an den Verbandsvorstand das Verlangen stellt, bei der Regierung in dieser Hinsicht nochmals energische Schritte zu unternehmen.

Frankfurt (Main). Die hiesige Druckerei von Arnold Schröder (Inhaber Ehrlich) ist infolge Nichtanerkennung eines Schiedsgerichtsurteils aus der Tarifgemeinschaft getrennt worden, und unsere Mitglieder haben infolgedessen ihre Stellungen aufgegeben. Leider fanden sich Geheilen, die die verlassenen Stellungen wieder besetzten, trotzdem sie von den ausständigen Kollegen und dem Kreisvertreter davon unterrichtet waren, daß sie dadurch ihren Kollegen in den Rücken fallen und sie selbst zu Streikbrechern würden. Es sind dies Karl Breißprecher aus Strasburg (M.-M.) und Wilhelm Majewski, angeblich aus Schweidnitz, deren Angelegenheiten wir in gutem Gedächtnisse zu behalten bitten.

K. Gardelegen. Die 2 1/2 Proz. Lohnguldschlag, die unser Ort leidet, bekamt, machen ganze 69 M. aus. Wundern muß man sich, daß Gardelegen, Salzwedel, Tangermünde nur 2 1/2 Proz. bekommen, während Stendal von 5 Proz. auf 10 Proz. heraufzückte. Und dabei sind in Stendal verschiedene Lebensmittel billiger als hier! 3. B. zahlt man dort für ein Brot 2,40 Mk., während wir 2,65 Mk. dafür zahlen müssen. Die zugeleiteten Lebensmittel müssen wir ebenso teuer bezahlen wie die Stendaler Kollegen, auch die Mehlen und Getreiden sind hier derart gewachsen, daß man nicht ausschweigen darüber hinweggehen kann, **Woju diese ungerechtfertigte Klassenunterschied?** Dagegen sollten die Kollegen aller kleineren Provinzstädte protestieren, die mit uns dasselbe Los teilen müssen.

o o o Rundschau o o o o

Nachträgliches zu lokalen Differenzen und Konflikten. Es hat an einigen Orten geklickelt, und es sind dabei Erscheinungen wahrzunehmen gewesen, die es notwendig machen, dazu etwas von uns aus zu sagen. Damit soll nicht der auch von der letzten Gewerkschaftskonferenz gebilligte Standpunkt durchbrochen werden, daß jede Aktion, zu der vom Verbandsvorstande keine Einwilligung gegeben und keine Unterstützung gewährt wird, für den „Korr.“ ausscheidet. Das hat man schon vor der Gewerkschaftskonferenz in den betreffenden Kollegenkreisen zum Teil als richtig betrachtet und uns deshalb fast gänzlich uninformiert gelassen. Wenn in den letzten Wochen in Kiel, Köln, Elberfeld, Solingen, Opladen, Saarbrücken — Gtensburg wohl auch — vorgegangen wurde, um der wie Hochwasser ansteigenden Volksauswanderung durch inländische Kapitalsdiskutoren aller Größen, mehr aber noch durch den ausländischen Konzern von blaufaugerischen Regierungs- und Kapitalscliquen, mittels ein paar Sillschritte ein wenig zu entzinnen, so bestehen doch Unterschiede in der Berechtigung wie in den gewählten Mitteln und Wegen. In den besetzten oder eventuell vor der Abstimmung sich befindenden Gebieten haben sich die Verhältnisse viel schneller und maßloser verschlimmert als im übrigen Deutschland; ungläubliche Zustände sind eingetreten. Das muß wohl in Berücksichtigung gezogen werden. Es ist nicht überall in den genannten Orten zu einer gewaltsamen Austragung des existierenden Interessenkonflikts gekommen. Wo es geschah, haben die betreffenden Gewerkschaften bzw. Geheilenvorteiler wie die Verbandsleitung sofort abwehrend oder vermittelnd eingegriffen, soweit das bei der Schnelligkeit des Falles nicht schon vorgehend geschehen konnte. In den Konfliktsorten ist dann fast überall aus der wirtschaftlichen Not heraus die Einmütigkeit groß gewesen, nachdem die Entscheidungsfrage einmal gelöst war, wobei es an beruhigenden und mäßigenden Einwirkungen auch aus der Kollegenschaft selbst nicht gefehlt hat. Solern Gutenbergsbündler, Prinzipalschaftenmitglieder oder gänzlich Unorganisierte vorhanden waren, machten sie gemein-

same Sache. Die Konflikte oder Differenzen erledigten sich schnell bzw. wurden bis zur bevorstehenden Tarifausgleichung vertagt. In Köln mit seinen über alle auch anderswo bestehenden Anomalien hinausgewachsenen Verhältnissen wurden vom Schlichtungsausschusse 50 Mk. einbeihilfliche Erhöhung ab 1. Februar ausgesprochen. In Elberfeld kam es auf dem tariflichen Verhandlungswege zur Verdoppelung der Brot- und Kartoffelzulagen. Selbstverständlich haben die Kollegen in solchen Orten auch mit Verlagen des Schlichtungsausschusses zu rechnen, wie das aus andern Gegenden verschiedentlich bereits aus der Gewerkschaftskonferenz mitgeteilt werden konnte. Weiter hat man auch horntüchtige Ablehnung der Prinzipalsität in Berechnung zu stellen. Das ist ebenfalls schon dagewesen, Unterklagen der Gehälten nicht minder; in einigen früheren Fällen ist man an besserem Ausgange mit knapper Not noch vorbeigekommen. Es hätten die Gehälten in bestimmten Großstädten den Prinzipalen geradezu einen Gestalt erteilt, wenn sie vor dem Zusammentritt des Tarifauschusses glauben etwas unternehmen zu müssen. Die Rückwirkung davon auf das Ergebnis der neuen Verhandlungen könnte man sich unschwer vorstellen. Es ist deshalb Pflicht jedes Funktionärs, alles aufzubieten, daß der legale Weg, den ein Vertragszustand nicht nur in einseitigem Interesse darstellt, nicht verlassen wird. In den Verlautbarungen der Buchdruckeropposition wird darüber gehöhnt, und der famose Kartellvorliegende Schilling in Leipzig hat sich in den von ihm redigierten „Mitteilungen“ des Kartells im Kieler Fall auch unterlassen, den Buchdruckern sozulagen das Rückgrat zu stellen. We sehr gerade er dazu berufen ist, zeigt ein Blick auf seine Organisation, den Metallarbeiterverband, der speziell in Leipzig ein stereotypes Bild der Ohnmacht bietet. Inre Oppositionellen könnten aber an dem gravierenden Beispiele mit der Druckerei des Berliner „Koten Volksrates“ (siehe Nr. 4), die nicht die tarifgesetzlich beschlossenen Zulagen vom Deputat besaßen wollte und es darüber zu einem Konflikt kommen ließ, sich etwas abhüten. Wie in den Parleirdruckereien jedweder Richtung die Genetigkeit der Geschäftsleitungen, über die vom Tarifauschusse getroffenen Festlegungen (weil Mindestmal) hinaus die Zulagenzulagen zu erhöhen oder vorzeitig darin weiterzugeben, äußerst gering ist, dürfte ihnen zum Teil aus eigener Erfahrung nicht unbekannt sein. Es müssen aber Abreden geschickelt sowie Theorie und Praxis verwechselt werden. Daß von einem oder zwei der in Betracht kommenden Orte aus gleich Sammelstellen hinausgeschickt wurden, ist absolut nicht gutzuheißen. Es kann doch nur einen Standpunkt geben: Ist nach den Grundzügen der Organisation ein Streik nicht mit den Mitteln der Organisation zu führen, dann erscheint er auch nicht einen deut unterstützungsberechtigter, wenn aus örtlichen Kassen oder aus den Taschen der Kollegen keine Finanzierung erfolgt. Es ist ein Unbding, daß die Kollegen an einem Ort auf Kosten von denen in andern Städten streiken, welche trotz aller auch sie bedrückenden Not bei dem Grundsatze verbleiben, nur in einheitslicher Front vorzugehen. Hinzu kommt, daß die angesprochenen Kollegenkreise Ursache und Entwicklung eines Konflikts anderswo gar nicht genau kennen. Man kann sich dort ja in einen Generalkonflikt haben hineinziehen lassen, dem von vornherein Festhalten sicher galt; es wäre, einen andern Fall angenommen, ein Konflikt auch zu vermeiden gewesen, wenn die bedachtbareren Kollegen sich mehr für ordnungsgemäße Erledigung eingesetzt hätten. Bei den zwei von uns gemeintem Konflikten folgten Ausbruch und Beendigung obendrein so schnell aufeinander, daß das Hinanziehen von Saummekrauten eine Angehörigkeit extra war. Einige Geschehnisse dieser Art im vergangenen Jahre dürfen nicht etwa Schule machen. Es muß bestimmt erwartet werden, daß die Generalversammlung hierüber prinzipielle Klarheit schafft, was allein rechtens zu sein hat. Dabei möchten wir an den Haas der neuen radikalen Verhandlung der Metallarbeiter erinnern, die sich damit einführt, daß sie in klarer Weise öffentlichen Bewegungen entgegenzutreten verhaltenen Teile vor blindlings, ohne Rücksicht auf die Gesamtlage im Land ausbrechender Einzelstreikerei und darin sich ausdrückender „Außerachtlassung zentralistischer orientierter Disziplin“ (Nr. 4 des „Korr.“) kann bei dieser Gelegenheit auch nochmaliger Beachtung empfohlen werden. Der Kieler Fall wird im Letztartikel nächster Nummer mit behandelt. — Nachdem diese ausnahmsweise große Notiz schon einige Male hat Zurückstellung erfahren müssen, erfahren wir aus der Tagespress, daß in Essen, Gelsenkirchen, Bockrop, Walfenscheid und andern umliegenden Druckereien die Gehälten nicht bis zur Tarifausgleichung haben warten wollen, 60 Mk. wöchentliche Zulage verlangten und nach Ablehnung in den Streik getreten sind. Die Zeitungsverleger haben darauf ihre Abwehrorgani-kation in Aktion treten lassen und suchen die wilden Streiks niederzuzwingen. Der am wenigsten zu beneidende rheinisch-westfälische Geheilenvorteiler müßte eigentlich den in diesen Orten „Anonagenden“ Mitgliedern Vorschlag machen, an seiner Stelle vor dem Tarifauschusse dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Wenn die An-

verantwortlichen die Verantwortung zu tragen hätten, dann würde wohl manchmal gestoppt werden, bis sich die Allgemeinheit in Markt setzt. Es muß, wie schon bemerkt, bei der Generalversammlung ein wirksames Mittel gegen solche Übergriffe gefunden werden.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Für das Jahr 1920 wurden in Glogau die Kollegen Dshar Dieß als Geschworener, Hugo Dankert als Schöffe und Otto Hoffmann als Sillschöffe ausgesollt. — In Leipzig sind zum Schöffennamte berufen die Kollegen: A. Anders, D. Doberner, S. Engelhardt, C. Garbe, E. Gailupp, G. Gaack, N. Kaller, F. Kieh, M. Krahl, Fr. Kretschmer, G. Kretschmar, A. Medel, H. Röhl, F. Riedberger, A. Römer, A. Seidel, P. Steinede, F. S. G. Trube, A. Zeißig.

Für einen Kriegsbeschädigten! Ein kriegsbeschädigter Geber, der durch Rücken- und Schulterleiden eine teilweise Lähmung des linken Armes davongetragen hat, ist in hunsrückwärtigen Kurorten zum Heilwerden in Entwürfen, besseren Plakaten, Kissen, Bismutten usw. ausgebildet worden. Derselbe bittet um Berücksichtigung in geeigneten Betrieben. Firmen, die das Geschlecht berücksichtigen können, bittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, um baldige Mitteilung.

Eine bedeutende Tagung der Zeitungsverleger. Am 22. Februar findet auf Veranstaltung des Vereins deutscher Zeitungsverleger eine allgemeine deutsche Zeitungsverlegerversammlung in Weimar statt, deren einziger Beratungspunkt die von Woche zu Woche infolge der Papiernot bedrohlicher werdende Lage der deutschen Presse befristet. Die Schwierigkeiten der Herstellung wachsen insbesondere dadurch, daß sich ein Teil der Papierfabrikanten neuerdings weigert, Zeitungsdruckpapier zu den von den Regierungen festgesetzten Preisen zu liefern. Die Papierfabrikanten leisten also zum Schaden der Gesamtheit ebenso wie die Großagrarer auf die behördlichen Anordnungen, und welche Kreise der Arbeiterklasse arbeiten durch rückwärtslose Untergrabung jeder Regierungsautorität den Herren selber obendrein in die Hände.

Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Der „Kochsangeiger“ veröffentlicht eine ergänzende Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Bemühung. Hiernach sind Betriebsunternehmer und Bureauinhaber einschließliche der Körperschaften des öffentlichen Rechtes verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Zivilinternierten wieder einzustellen, die am 1. August 1914 als Arbeitnehmer in ihrem Betrieb oder Bureau beschäftigt waren. Die gleiche Pflicht haben die Arbeitgeber gegenüber den Kriegsteilnehmern, die am 1. August 1914 ihrer Dienstpflicht bei dem Heere, der Marine oder den Schutztruppen genügen und dierhalb aus ihrer früheren Beschäftigung bei ihnen ausgeschlossen waren. Endlich erstreckt sich die Wiederstellungspflicht auch die Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges noch die Schule besuchten und erst später Arbeitnehmer geworden sind, sofern sie von ihrer ersten Arbeitsstätte aus unmittelbar in den Dienst des Heeres, der Marine oder der Schutztruppen eingetretten sind. Die Wiederstellungspflicht erlischt, wenn die Arbeitnehmer sich nicht binnen zwei Wochen zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihren früheren Arbeitgebern melden. Bei den aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Kriegsteilnehmern und den aus der Zivilinternierung zurückkehrenden Personen beträgt die Meldepflicht sechs Wochen.

Zur Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Bekanntlich treten am 1. März auf den Eisenbahnen neue Tarifserhöhungen in Kraft, die eine 100prozentige Verfeuerung der Personen-, Gepäck- und Expressgüter bringen. Zunächst dieser Tarifserhöhungen soll ein Neubruck oder eine Überstempelung der Fahrkarten nicht erfolgen. Demnach wird also voraussichtlich zur Erhebung der neuen Fahrpreise angeordnet werden, daß für eine Fahrt zwei Fahrkarten der zu durchlaufenden Strecke gelöst werden müssen. Solinger Generalkonflikt beendet. Nach kurzer Dauer wurde der Generalkonflikt in Solingen durch Beschluß mit 70 gegen 13 Stimmen aufgehoben. Etwa 32000 Metallarbeiter blieben noch ausständig.

Bergarbeiterpolitik gegen französische Rückständigkeit. Der internationale Bergarbeiterkongress in Brüssel nahm eine Resolution an, die besagt: Angesichts der wiederholten Verletzung der französischen Regierung, die gemäßigten Forderungen der Bergarbeiter nach Revision des Pensionsgesetzes anzuerkennen, macht es der Kongress allen Bergleuten der Kohlen erzeugenden Länder zur Pflicht, sich jeder Wehrleistung an Frankreich gegenüber der jetzigen Forderung zu widersetzen. Im Fall eines Streiks der französischen Bergleute soll man sich weigern, Überstunden zur Kohlenförderung für französische Verbraucher zu verfahren. Der nächste internationale Bergarbeiterkongress soll im August d. J. in Genf zusammentreten und die Verstaatlichung der Bergwerke behandeln.

Verschiedene Eingänge
„Kochsangeiger“ Zeitschrift für Internationales Kommunismus, herausgegeben von Julian Borchardt, Nr. 8, u. 9, 5. Jahrgang, 1920, Erscheint Mitte jeden Monats, Preis 70 Pf. Verlag der „Kochsangeiger“, Berlin-Niederschlesien, Schwilgstraße 1.

Briefkasten
G. S. in N. 2: Erscheint uns nicht wichtig genug. Bei der großen Raumnot bringen wir dafür lieber einen kleinen Dreiwortbeitragsbeitrag mit. — W. A. in B. 1: Immer noch lang genug. 2. Ein guter

Falsche und richtige Methoden

XII. Mentalitäten in oppositionellen Kreisen

Nicht von der Denkwelt an sich, die in untrer Opposition mannigfaltig und zum Widersprüche herausfordernd besteht, soll gesprochen werden, sondern was sich aus den „andere als sonst in Menschenhöfen“ geschraubten Gedankengängen für unser obnehin gequältes Buchdruckerleben herausbesillieren läßt, verlangt noch kritische Beleuchtung und aus geistes wie methodenverwandten Ärgern Zufuß von Schlaglichtern.

In den Nrn. 15, 16, 17 und 20 haben wir uns mit der sogenannten Buchdruckeropposition im allgemeinen und im besondern mit der Leipziger in so außerordentlicher Zusammendrängung befaßt, daß die nun etwa ein Jahr alte Wirksamkeit eines unteugbar von parteipolitischen Mentalität abhängigen und bestimmten Bevormundungsversuchen solcher Art unterstehenden Glieds der Kollegenchaft dabei kaum erst gestreift, die aber ein halbes Jahr schon auf dem Druckwege zur Verstärkung betriebenen Agitations-, Verqualungs- und dann und wann auch Verleumdungsmethoden nicht einmal insoweit berührt wurden. Da regt es sich gleich und jappelt schon, als ob jemand mit einem Stechen in einen Ameisenhaufen gefahren ist!

Wir kennen diese Methode aus jahrzehntelanger Erfahrung mit Konterlegern aller Art zur Genüge. Unempfindlich gegen die Zwangs- und Krampfsprohstellungen mit ihrem beleidigenden Drum und Dran, mitgehend wohl gar auch bei erkennbar gewogelsten Praktiken, wird man mit einem Male dünnhäutig und empfindlich wie ein verbludetes Pensionsräuflein, wenn der „Korr.“ endlich kurz und bündig begreiflich macht, daß auch im Staate Verband die Staatsfürzerei nicht zu den selbstverständlichen Sachen gehört und vor dementsprechenden Amtrieben aus bekannter Überlieferung die durch das Vertrauen der Kollegenchaft berufenen Sachwalter der Organisation nicht etwa noch Verbeugungen zu machen haben. Es darf der besseren und schnelleren Klärung wegen jedoch nicht verschwiegen werden, daß die nicht in Artikelform gehaltenen Zusimmungen so stark überwiegen und so durchschlagend sind, wie wir es selbst kaum erwartet hatten. Dabei sind unsere Scheinwerferbeleuchtungen noch nicht einmal abgeschlossen, begehen wir in diesem unter die Buchdruckeropposition als solcher den Schlüsselpunkt zu folgenden Kapitel uns doch erst auf Gebiete, über die zwei Berliner Kollegen in Einlegungsartikeln schon mit uns streiten wollen. Das ist zu allem eine nicht zu verheißende Übereiligkeit.

Wir verargen es dem Kollegen Schmidt (Berlin) — stehe den nachfolgenden Artikel — durchaus nicht, wenn er sich gegen unsere Standreden wendet. Er tut dies ja auch nur gegen das Präjudium, den Artikel in Nr. 15, und gibt sogar die Meversche Gemeinheit gegen den „Korr.“ in Sachen Bötscher preis. Aber er sollte nicht den von uns angeklagten Ton bemängeln, wo er doch die Töne sehr wohl kennt, die in der Hauspostille der Opposition gang und gäbe sind und wogegen er noch nicht aufgetreten ist. Unsere gute Hausmannskost kann als viel bekömmlicher gelten. Die Klarheit der von der Opposition verfochtenen Ideen ist absolut nicht leuchtend; selbst der Gewerkschaftsredakteur der „Freiheit“ hat darüber seine eignen Gedanken („Wenn die Genossen verstehen, ihrer Opposition einen Gehalt zu geben, dann“ usw.). Daß der 9. November 1918 die Gewerkschaften unvorberetelt gefunden hat, ist zum mindesten eine einseitige Entdeckung. Es haben schon Kornphänen der Linken zugegeben, daß die Revolution alle unvorberetelt gefunden hat. Georg Ledebour, der sich selbst als großer Revolutionsmann rühmt, hat in einem stillen Winkel des Reichstags sogar ein Mäckerchen gemacht, derwelen draußen die Revolution ausbrach. Die Opposition sollte Karl Kaufsky nur ebenso als Wahrheitskinder werlen wie wir, dann stände es um die Schlagkraft und Geselblosigkeit der Arbeiterbewegung ganz anders, und die unheilvollen Experimente wären unterblieben. Was wir vom Kollegen Schmidt gemiffermaßen als die Mentalität der Opposition vernennen, lassen wir als seinen Standpunkt gelten; nur ist davon in unsern Artikeln noch nicht die Rede gewesen; erst in diesem findet einiges davon Anführung.

Kollege Barbhnecht (Berlin) möchte in einem größeren, gegen den Schmidtschen weil weniger geläuteten Artikel über „einen Vorstoß gegen die Opposition“ sehr vieles sagen, was nichts andres als ein Herumreden um die von uns in den Vordergrund gestellten Punkte oder breitere Wiederholung Schmidtscher Argumente ist. Auch bei ihm muß unser Ton herhalten, was ihn jedoch nicht hindert, zu zeigen, daß er es noch besser kann. Es muß bei

untrer Raumnot vollständig genügen, wenn ein und dasselbe nur einmal gesagt wird. Gerechterweise wollen wir aber einige Sätze hervorheben, die wohl als Pointen aufzufassen sind. Kollege Barbhnecht erklärt einmal: Der Wahrheit gemäß müsse immer wieder betont werden, „wir wollen die Organisation nicht sprengen oder ausböhnen“, und ungeachtet ihrer Opposition zur Tarifgemeinschaft müsse richtiggestellt werden: „Wir sind nicht gegen Tarif- oder besser gesagt Lohn- und Arbeitsverträge“.

Kollege Stürz (Leipzig) hat in einem Generalversammlungsartikel (Nr. 17) Einblick in die Mentalität eines wohl nicht ganz unbeträchtlichen Teiles der Leipziger Opposition gewährt. Wir kennen ja die Herkunft von Gedankengängen wie diesen: Daß nur der Vorstehende die Fäden in der Hand habe, ist nicht zutreffend, er ist nur ausführende Person gefabter Beschlüsse. Die angestellten Organisationsbeamten sind die ausführende Personen der von den Besitzern vorgezeichneten Richtlinien. Menschlich begreiflich ist es, wenn jahrzehntelang amtierende Kollegen in ihrer Entscheidung sehr oft beeinflusst werden durch austauchende Erstgenüßlichkeiten. Man kann nicht in einer Person Arbeiter und Arbeitgeber sein; klare Interessenvertretung darf nicht mit Erstgenüßlichkeit kollidieren. Es sind unter den Besitzern Kollegen vorhanden, die in jeder Sache den Angestellten beistehen, wodurch Beschlüsse zustande kommen, die manchmal außerhalb nicht verstanden werden, auch nicht immer im Interesse der Mitglieder liegen. Wenn der Kollege Stürz mit solchen Anschauungen befreundet will, daß er im Organisationsleben gut Bescheid weiß und das Arbeiten in den Vorständen in seinen Bräuden wie in seinen Schwierigkeiten kennt, dann bewahre der Himmel den Verband davor, daß solches Modernleinwollen bei uns mehr Bedeutung als stichlaes Artikelinteresse erhält. Wer selbst lange Zeit im Vorstande tätig gewesen ist, weiß die Erfahrung und tüchtige Mitarbeit kenntnisreicher und gewerkschaftlich gut beschlagener Besitzer hochzuschätzen. Er weiß aber auch, daß die Besitzer oder in Nebenämtern fungierende Vorstandsmitglieder viel wechseln, und daß das Einarbeiten der neuen Funktionäre, die sozialpolitisch- und volkswirtschaftlich nicht immer genügend geklärt sind, eine nicht einfache Sache ist. Gewiß menschlich begreiflich. Der angestellte Vorstehende oder die sonst noch angestellten Vorstandsmitglieder in großen Mitgliedschaften unterscheiden sich von den in kleineren lediglich dadurch, daß ihre Geschäfte infolge der Mitgliederzahl nicht mehr im Nebenamt bewältigt werden können. Es ist nur Alterweisheit, daß angestellte Organisationsfunktionäre nicht als voll gelten können. Es wäre ein Länding, wenn ein Vorstehender usw. nur ein Amt haben soll, aber keine Meinung, wenn er nicht führen darf, sondern von den Besitzern erst die Instruktionen abwarten muß, anstatt in kollegialer Beratung das Erforderliche vorzuschlagen. Überall, in den Gewerkschaften wie in den Parteien, spricht man von geschäftsführenden Personen. Nirgends spricht man den Vorstehenden die Führung ab. Im Gegenteil. Crispian, der unabhängige Parteivorstehende, sagte bei der Vorstandswahl auf dem Leipziger Parteitag: „Sie brauchen Führer, die immer, in jeder Beziehung, ihren Mann stehen (lebhafter Beifall).“ Auch Erfahrung gehört zur Führung der Parteigeschäfte.“ Bei den Buchdruckern aber sollen auf einmal die Begriffe verwechselt werden: Der Vorstehende eine wesenlose Puppe in den Händen der Besitzer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugleich, und dabei noch Erstgenüßlichkeiten, durch die, wie unter gefälliger Mitwirkung liebedleinerlicher Besitzer, die allein richtigen Beschlüsse verhindert werden — ja merkt denn Kollege Stürz gar nicht, wie groß er in seinen Unterstellungen ist und wie hölzern seine Vorstellungen sind! Wenn wirklich die Besitzer die inspirierenden und dirigierenden Geister im Vorlande sind, dann müßten sie in den Versammlungen doch auch eine andre Rolle spielen als die von schwelgenen spanischen Granden, was, wie wir wohl sagen können, nur drei Ausnahmefälle bildet. Dabei ist ein Drängen von linksstehenden Kollegen und Personen auf Angestelltenposten wahrzunehmen wie noch niemals. Keiner von ihnen wird aber nach der Rolle der Stimmen von Porzelli streben, im Gegenteil bringt so mancher großen Gang zum Diktator mit; es heißt dann, dem guten Manne schnell die Fingel stützen. Wir wollen die Stürzchen „Reformideen“ nicht zu einer Methode der Opposition machen, aber weil davon liegt diese wunderbare Offenbarung wirklich nicht.

Die Tarifgemeinschaft steht bei der Opposition nicht in hohem Ansehen. In Leipzig ist sie schon ein paar mal zum Tode verurteilt, in Berlin konnte es einmal passieren, die Begritzversammlungen haben aber schnell und gründlich das Urteil kassiert: das geschah mit der erstmaligen Ver-

dammnis in Leipzig übrigens fast gleichzeitig. Bei mancher Pause gegen die Tarifgemeinschaft möchte man nur noch fragen, ob sie nicht auch Schuld am Weltkriege, dem ihm nachfolgenden großen Elend für das deutsche Volk und dem erdrückenden Frieden von Versailles haben könnte. Nach der Terminologie mancher Leute wäre auch solche Narrheit nicht zu verwundern. In der vorigen Nummer haben wir einen Artikel über die schnelle Ausbreitung der Verbindlichkeitsanerkennungen der Tarifverträge gebracht. Die kolossale Zunahme der tariflichen Vereinbarungen nach der Revolution ist an sich charakteristisch. Die radikalsten Arbeitergruppen machen da mit und setzen dadurch die betreffenden Unternehmerrkette dem Zwange zur Anerkennung und Einhaltung aus. Diese große Entlastung für die Gewerkschaften haben die Buchdrucker nicht gekannt und auch nicht gebraucht, konnten ihren Reichsstarf aber in einem solchen Umfang durchsetzen, wie sie auch mit den jetzigen Gesetzesmitteln die andern Arbeiter nicht so leicht erreichen werden. Trotzdem lind wir die „Sarmontedufeler“ und haben den Klassenkampfstandpunkt schwebel verlossen. Als im vergangenen Jahr unsere Tarifgemeinschaft für verbindlich erklärt werden sollte, da riesen gleich effliche Schwarzheber angstvoll: Im Gotteswillen keine Bindung! Andre Gewerkschaften aber gingen hin und berichteten ihren Leuten über einen guten Fortschritt. . . Die Arbeitsgemeinschaften sind der Opposition in den Gewerkschaften ein schärferes Angriffsobjekt. Der Kampf um das Prinzip geht hier nach ältester Scheuklappenmethode. Auch bei untrer Opposition. Es ist gar nicht wahr, daß die Arbeitsgemeinschaften nach der Revolution schleunigst „gemacht“ worden sind, um für den Kapitalismus den rettenden Engel abzugeben. Wohl dreiviertel Jahr zurück gingen die Vorverhandlungen, und das Ergebnis war ein andres, als die Industrikapitäne es gewollt hatten. Man kann es verstehen, wenn diesem Neuen gegenüber Zurückhaltung beobachtet worden ist. Es ist wohl auch zu sagen, daß das Wort Arbeitsgemeinschaft Anstoß erregt; hätte man den Namen Wirtschaftsrat gewählt, wäre trotz aller Unkenntnis und Stimmungsmache die Sache der Masse vielleicht glatt eingegangen. Nachdem aber der Nürnberg Gewerkschaftskongreß „Mit Zwickelmehrheit“ sich für die Arbeitsgemeinschaften erklärt hat, und zwar nach bedeutend weniger Meinungsstreit, wie 1899 auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß die Tarifgemeinschaften durch das Ziel gingen, müßte in der Arbeiterchaft die Klärung größer sein. Es kann doch für die Gewerkschaften nicht maßgebende Bedeutung haben, was radikale politische Parteien in noch mehr oder weniger großer Abweichung untereinander aus agitatorischem Bedürfnis auf wirtschaftlichem Gebiete zu konstruieren belieben. Die Gewerkschaften überlassen den Arbeiterparteien ja auch, sich zum Parlamentarismus wie oder kurzfristig zu stellen. Die Arbeitsgemeinschaften, wie die Gewerkschaftsführer sie auffassen, sollen doch die wirtschaftspolitische Diktatur des Unternehmers einbinden und beseitigen, im Endeffekt also nicht dem Kapitalismus, sondern dem Sozialismus dienen. In welcher Weise, kann hier jetzt nicht auseinandergesetzt werden, soll aber zu einem möglichst nahen Zeitpunkt eingehend im „Korr.“ geschehen. Die Arbeitsgemeinschaften können sich in der gedachten Weise, wie wir sie neulich in Leipzig durch einen sehr berufenen Vortragenden feststellend erläutern hören, nicht von einer Leipziger Welle zur andern durchsetzen. Bei der nötigen Zielklarheit und Willensfestigkeit, die allerdings nicht immer bloß bei den Offizieren vorhanden sein dürfen, wird dieser Prozeß aber beschleunigt werden können. Es ist ein Unglück für die deutsche Arbeiterchaft, daß sie den aus parteipolitischen Garwürken kommenden Schlagwortweiskelnen noch so unbedenklich nachläßt. Vor Jahresfrist war die „Vollsozialisierung“ der Kampf — heute liegt er, als überleert erkannt, selbst bei den Antwortgeßellen in der Zeugnisse. Selbst geben die Arbeitsgemeinschaften ein grelllingendes Entfristungsmotiv ab — übers Jahr wird man auch davon nichts mehr hören wollen. Diese Entwicklung ist schon auf dem Wege. Die freien Gewerkschaften arbeiten sämtlich an den Arbeitsgemeinschaften mit, auch die von der Opposition beherrschten. Die Schufmacher, die einst die ertragreichsten Gegner der Tarifgemeinschaft waren und die Erlangung eines Reichsstarfs vor nicht allzu langer Zeit als einen besonderen Erfolg gebucht haben, sind nicht der Not gehorchend, sondern dem eignen Erlebe folgend zu ihrer Arbeitsgemeinschaft gekommen. Nur die Metallarbeiter stehen allein auf weiser Fuz. Ihre Stuttgarter Generalversammlung, die der Opposition den Sieg brachte, aber gar bald diese erkennen ließ: „Weh uns, wir haben gesiegt!“ hat die Arbeitsgemeinschaften strikt verworfen, und in der „Metallarbeiterzeitung“ donnert Richard Müller ein un-

das andre Mal und noch in den letzten Nummern gegen die Arbeitsgemeinschaften. Die radikale Leistung des Metallarbeiterverbandes jedoch hat sich nach reiflicher Prüfung veranlaßt gesehen, ihren örtlichen Organen die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften zu gestatten, um die Metallarbeiter nicht auszuschalten und zu schädigen! Die Metallarbeiter haben ja auch die Broschüren und Kartellauflagen der Zentralarbeitsgemeinschaft verlangt, obwohl dieser ihr Kampf gemäß Generalkonferenzbeschlüssen und „Metallarbeiterzeitung“ zu gelten hat. Wo mit dem Prinzip dermaßen Schindluder getrieben wird, da ist doch die in allem obstruktive Mentalität nur Gabelstiel. Sollte dieser Schindluder von Gesinnungslosigkeit für unsre Opposition nicht den Anstoß geben, das Schaulust des Radikalismus mehr durch die eigne Brille anzusehen und dann über die Arbeitsgemeinschaften ein nicht einseitig parteiparlant nachpappendes Urteil zu fällen?

Ein paar sehr bezeichnende Momentbilder noch von der Rätegeschichte, um unbeschadet ihrer erst in späteren Nummern erfolgenden Aufrollung auch hieran zu zeigen, wie die radikalen Windmacher in Bodispringen von einem „Grundlage“ zum andern taumeln. Vor kurzem noch mußten die „revolutionären“ Betriebsräte und das „reine Räteinstitut“ für jeden richtig gehende „Anker“ das U und das O der nächsten Entwicklung sein. Richard Müller überschrieb am 17. Januar in der „Metallarbeiterzeitung“ seinen Leitartikel „Nicht Betriebsratsmandat, sondern revolutionäre Betriebsräte!“ Dr. Geyer hielt am 7. Januar auf der Konferenz der Zentrale der Betriebsräte Deutschlands eine Kampfrede gegen das Betriebsrätegesetz, zum Schluß sein Unannehmbar in a'en Variationen ausprechend:

Dieses Gesetz ist für uns unannehmbar und unannehmbar selbst, wenn einzelne Bestimmungen geändert würden. . . .

Selbst wenn zu jedem einzelnen Paragraphen die Abänderungsanträge angenommen werden würden, so wäre und bliebe das Gesetz für uns unannehmbar, weil neben ihm der andre Teil des Kompromisses, das Antistreibgesetz usw., besteht und verwirklicht werden soll.

Abgesehen davon, daß man schon wieder einen neuen Knochen für die Masse mit dem „Antistreibgesetz“ in Bereitschaft hat, könnte die Unannehmbarkeit nicht klarer betont werden. Am 8. Februar aber bereiteten die „alliierten Mächte“ von Leipzig der Betriebsrätezentrale, deren Mitglied der junge Geyer war, ein Begrüßungs im Reichsparlamentarischen Aktionen“ gegen dieses Gesetz weit wichtiger genannt hatte, erklärte nun trocken, er habe stets mit dem Zustandekommen des Gesetzes gerechnet! Man ist jetzt ja auch, bis auf die Opposition bei den Kommunisten in Nordwest, drauf und dran, das Betriebsrätegesetz sich nutzbar zu machen, was die „Rechtler“ von allem Anfang an als ihren Standpunkt bezeichneten. Kann es noch eine größere Nasführung der Massen geben, als sie bei der Betriebsrätekampagne in Anwendung kam, dazu die schauerliche Gewissenlosigkeit mit den führerlosen Massen vor dem Reichstag am 13. Januar und den armen 42 Toten? Müßen denn wirklich auch Buchdrucker von solchen radikalen Weisfängen sich anstecken und andre Kollegen, deren klarer Verstand und Befähigung zum Selbstdenken sie davor bewahrt, sich dafür von ihnen wie Verräter an der Arbeiterfrage traktieren lassen? Es ist wirklich wahr und wahrhaftig, wenn Ströbel seiner eignen Partei von neuem attestiert: „Sollt es taumeln diese Partei zwischen den Extremen umher“.

Es ist uns jetzt mancherlei zugegangen, selbst von Kollegen, die wir als oppositionell bis jetzt ansahen, das erkennen läßt, wie wenig sich Worte, Taten und produktive Mitarbeit bei den meisten Oppositionsmännern vereinigen. Der (neue) oppositionelle Vorstand in Düsseldorf muß es wohl oder übel mit dem Inlernen versuchen, um der Isolierung und damit seinem Schicksale zu entgehen. Die Winkelei, die vor einiger Zeit zugunsten der neuen Metallarbeiterbandsleitung in unabhängigen Parteiblättern von Stapel ging, würde, wenn einmal bei uns eine solche Wendung zum Anheile vor sich gehen könnte, bei Buchdruckern nicht verlangen. Das Gros ist dann und wann bis zur Ungerechtigkeit kritisch nach oben, gegen zur „Macht“ gekommene Oberopponenten aber wäre man unbarmherzig, wenn diese ihre Rezepte von Kurpfuschern an den Gewerkschaften hofen wollten. Jetzt wäre durch die in Regensburg neugegründete „Partei Vereinigter Sozialisten Deutschlands“ ja die Möglichkeit gegeben, sich noch mehr dreinreden zu lassen. Aber die Dinge stehen bei uns doch nicht so schlimm, zumal am 17. Februar in der „Zentrale“ der Buchdruckeropposition, im revolutionärspezifischbürgerlichen Leipzig, die wirkliche Mehrheit der Kollegen nach unterbrochenen schweren Kämpfen in den letzten Wochen sich durchzusetzen vermochte. Und die Aussprache im „Korr.“ über die Buchdruckeropposition wird die allgemeine Klärung gewiß vorrücken und vertiefen.

Die Mentalitäten der Oppositionen zeigen weniger Impetierendes als Deprimierendes, und das sowohl unter dem Gesichtspunkte der Organisationsmoral als dem von Logik und Konsequenz. Sekretäre sind häufig enge Geister, die nur an die Kampe wollen; andre wieder streben über

Raum und Zeit hinaus und kommen allenfalls zu hochgeistigerer Narrheit. Selbstreie Eigenmächtige aber vermögen immer in Reiz und Stolz zu bleiben. Wenn unsre Oppositionellen den Nachweis erbringen könnten, daß ihre Urakten nicht zum Papageiengeflücht zurückgehen, daß sie Selbstzerzenger von ihren Gedankenprodukten sind, dann würden sie zu imponieren vermögen, denn nur eine Meinung können wir ja nicht haben und nicht gebrauchen. Aber das „Impuls nicht Denken“, von dem Saase auf der Reichskonferenz der Unabhängigen im September 1919 sabelnd sprach, ist ihnen so zu zeigen und ihr Anderssein so sehr billig, daß man diesen Chor der Nachbeter und ihre Methoden nur unter Bekreuzigung ansehen kann.

Sollt sich bald eine Konkursmasse daraus, die auf dem Sicherwege zu ihren Vätern zurückwandelte, deren Ehrwürdigkeit erst den „Kampf um die Gewerkschaften“ aufgebracht hat und deren „Saupterlos“ allein sein wird, die politische Reaktion wachgerufen und marschbereit gemacht zu haben.

Zur Abwehr

In seinen letzten Nummern beschäftigte sich der „Korr.“ mit dem, was man schlechthin Buchdruckeropposition nennt. Wenn man auch dem ersten Artikel, der in Abwehr der vom Kollegen Werner in „Graphischen Block“ aufgestellten Behauptung, daß der „Korr.“ an den Demunzialisten gehen die verhassten Kollegen Böttcher teilgenommen habe, eine gewisse Berechtigung nicht abstreiten kann, so wird die Opposition in dem Artikel (Nr. 15) „Die Buchdruckeropposition“ in einer Weise angegriffen, die einer Klärung bedarf.

Ich will nicht auf den „kollektiven Ton“ eingehen, den der „Korr.“ dabei in „Liebenswürdigster Weise“ anschlägt, denn ich habe mehr Vertrauen in die Kraft und die Klarheit der von uns verfochtenen Ideen, als daß ich in einen solchen Ton verfallen möchte. Ich will nur kurz auf die Vorwürfe eingehen, aus denen heraus die Opposition entstanden ist.

Der Hauptgrund liegt meines Erachtens in dem Verfall der Gewerkschaften, insbesondere ihrer höchsten Organe, der Generalkommission der Gewerkschaften, nach der Revolution. Eine Tatsache, die auch von Karl Kautsk in seinem Artikel auf dem zweiten Rätekongreß ausgesprochen worden ist und der ich auch die „Korr.“-Redaktion weißlos nicht einziehen will, zumal sie kürzlich im Briefkasten schrieb, daß das, was Kautsk schreibt, immer richtig sei. Dieses Verfallen der Gewerkschaften hatte verschiedene Ursachen. Die ganze Organisation in Berufsverbänden, der Aufbau derselben nach sehr wenig demokratischen Mustern, dazu eine gewisse Erstarrung des Organisationskörpers mußten zu einem Verfallen der Gewerkschaften großen sozialen Aufgaben gegenüber führen. Ebenso die Tatsache, daß die Gewerkschaften, deren Hauptaufgabe in der wirtschaftlichen Vertretung ihrer Mitglieder im kapitalistischen Staate bestand, es verläumt hatten, neben dieser Gegenwartspolitik sozialistische Zukunftspolitik zu treiben und ihre Mitglieder im Klassenkampfsinne zu schulen. Aus diesem Grunde mußte der 9. November 1918 so unvorbereitet finden, und das Ergebnis war danach. Während die Massen jubelnd die roten Sänder anlegten, ging die Generalkommission ein Kompromiß in Gestalt der Arbeitsgemeinschaften ein und sichere dadurch dem Unternehmertum seine wirtschaftliche Vormachtstellung.

Sie steht die Opposition an und hier sucht sie in der Zukunft die Fehler zu vermeiden, die gemacht worden sind und sucht die Fehler der Organisationsstruktur durch Schaffung eines Industrieverbandes auf der Grundlage der Betriebsräte auszugleichen. Diese Bewegung, die sich als geistige Bewegung vorstellt und zur Vertiefung der gesamten Arbeiterbewegung beitragen wird, läßt sich nicht formale. Weder die konservative Selbsthaltung einiger rechtsextremer Gewerkschaftsbeamter, die an allem Bestehenden absolut festhalten wollen, noch diejenigen Kollegen, welche mit der Kritik des Gemeinen die gesamte Gewerkschaftsbewegung auslöschen wollen, werden dabei der Arbeiterbewegung dienen, sondern die Opposition, die an das Vergangene anbau und in planmäßiger Fortführung aller sozialistischer Ideen die Bedingungen schafft, unter denen eine sozialistische Weltordnung entstehen und ausreife erhalten werden kann.

In diesen Tatsachen wird selbst die „klärendste Beleuchtung“ im „Korr.“ nicht vorübergehen können, und auch die Generalkonferenz des Verbandes wird sich damit beschäftigen müssen. Wird sich die Generalversammlung ihrer Pflicht bewußt sein, so wird die Opposition als geistige Bewegung von selbst aufhören, bis ein Bedürfnis zu oppositionellen Beziehungen aus den Verhältnissen erwacht. Wird die Generalversammlung dagegen sich lediglich von den Bestrebungen rechtsextremer Führer leiten lassen, so wird die Opposition weiter für ihre Ziele kämpfen, nicht um ihre Arbeitsbrüder zu bekämpfen, sondern um die Arbeiterbewegung zu vertiefen, zum Besten aller, auch der Kollegen, die heute noch untern Bestrebungen fernstehen.

Berlin. Karl W. Schmidt.

Zuruf an die älteren Kollegen

Daß die älteren Verbandsmitglieder in Stuttgart sich wieder aufgerafft haben, bewies die Versammlung am 10. Februar 1920, die von 1400 Mitgliedern besucht war. Gerade die Kollegen, die der Kommunistischen Partei angehören und in jeder Versammlung das „große Wort“ führen, schritten in dieser letzten Versammlung recht schlecht

ab. Galt es doch, einen lokalen Streik für Stuttgart abzuwenden, der nur zum Schaden für die Beteiligten gewesen wäre. Ungefähr vierzehn Tage vor der Tarifauslösung in einen Streik treten, siehe doch dem Falle den Boden ausschlagen, oder wie ein älterer Kollege in der Versammlung ausführte: „Das grenzt an Wahnsinn.“

Wirklich leben wir ja in einer sehr „modernen Zeit“, da die jungen Kollegen, die kaum das Verbandsmitglied kennen, alles besser wissen und beurteilen wollen als langjährige benährte Verbandsmitglieder. Ich erinnere nur an den Fall in jeder Versammlung „berühmt“ machenden Kollegen S., der in einer Versammlung zuerst ausführte: „Es sei nicht ausgemacht, mit den Prinzipalen an einem Tische zu sitzen“, gleich darauf aber sagte, „daß es eben doch nicht gehe, man müsse mit den Prinzipalen verhandeln“. Also, man muß sich doch zusammen an den Tisch setzen!

In jeder Versammlung muß man von den Kollegen S. und F. hören, die ganze Tarifgemeinschaft gehöre zum Teufel, oder auch: Wann nur einmal das ganze Tarifgebäude zusammenstürzen würde! Versprechen sich die beiden Kollegen ohne Tarifgemeinschaft wirklich bessere Zeiten? Ich schätze den Kollege S. auf 26 bis 28 Jahre; er kann also unter Verbandsgelehrte noch nicht genau kennen, die schweren wirtschaftlichen Kämpfe z. B. nach 1891. Ich lernte 1893 aus und kam als neugeborener Gehilfe nach Regensburg; ich traf dort recht traurige Verhältnisse an. Löhne von 15, 16 und 17 Mk. waren an der Tagesordnung; der Meister hatte 20 Mk. Von Lehrlingen wimmelte es in allen Rudereien. Die Gehilfen waren seinerzeit froh, daß sie ein Unterkommen hatten. Ja, Kollegen S. und F., wie anders ist jetzt alles geordnet, weil wir ein Tarifgebäude haben. Die Zeiten von 1911 bis 1916 sollten Sie mitgemacht haben; Sie hätten eine andre Meinung und würden nicht in jeder Versammlung unsere Tarifgemeinschaft herunterreißen! Es ist höchste Zeit, daß die Kollegen, speziell die älteren, nicht die tariflichen und andern Einrichtungen herunterreißen lassen, vielmehr kommunistischen Strömungen ein entscheidendes Geißel entgegenstellen.

Es war erfreulich, wie unser Schiffenwerfere Kollege S. und F. in das rechte Licht rücken konnte und die Resolution auf 20 Mk. wöchentlich Mehrleistung seitens der Prinzipale, sonst jedoch Abwarten der Tarifauslösung, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Mit solchen Querulanten wie S. und F. muß einmal Schluß gemacht werden. Deshalb, ihr Kollegen, speziell ihr langjährigen Verbandsmitglieder in Stuttgart, aufgewacht aus der Gleichgültigkeit und in jeder Versammlung erheben! Der „Korr.“ tut nur recht daran, wenn er hinter die Kulissen der Opposition leuchtet und ihr in die Parade fährt. Stuttgart. Georg Brem.

Zur Aufklärung an die Maschinenmeister

Auf die nichtsagenden Ausführungen des Stuttgarter Maschinenmeistervereins wie die des Kollegen Stürz (Leipzig) wiederhole ich nochmals, wie bereits in den beiden Versammlungen gesehen, daß ich jederzeit bereit bin, den Beweis meiner Zeitsangaben und Behauptungen betreffs Durchführbarkeit des Vornamensplans zu erbringen.

Der Inhalt meiner früher erschienenen Fachbücher dürfte den Kollegen den Beweis erbringen, daß ich nicht zu den Leuten zähle, die durch gewissenlose Schreiber die Gehilfen schädigen.

Nach soll es durch meinen Vorstoß, die mit der Arbeitsweise erreichte Produktionssteigerung durch Auszahlung von Prämien für die Gehilfen nutzbar zu machen, niemand vorbehalten sein, einen besseren Weg zur Überleistung des Gewinnes vom Arbeitgeber auf den Arbeitnehmer zu zeigen.

Doch muß hier die Tafel vor das Wort gestellt werden, worauf ich den Kollegen Stürz wie alle diejenigen, die mit dem Inhalte meiner Fachbücher „Neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckpresse“ nicht einig sind, ganz besonders hinwelle. Stuttgart. M. Rauch.

Anmerkung der Redaktion: Damit ist für den „Korr.“ Schluß über dieses Thema eingetretten. Der Maschinenmeisterkongreß kann ja noch seine Meinung darüber aussprechen.

Gestorben

In Berlin am 5. Januar der E. Herinvalde Friedrich Richter aus Guben, 38 Jahre alt - Aalenradenhausen; am 6. Januar der E. Herinvalde D. O. Wende von dort, 60 Jahre alt - Judierkrankheit, Heroldswalde; am 10. Januar der Seher Adolf Will von dort, 21 Jahre alt - Lungenerkrankung; am demselben Tage der Seher Hermann Güter von dort, 39 Jahre alt - bösartige Geschwülste; am 11. Januar der E. Herinvalde D. O. Wende von dort, 60 Jahre alt - 57 Jahre alt - Lungenerkrankung; am 14. Januar der Seher Georg Unterwiesing aus Köhn a. Rh., 22 Jahre alt - Lungenerkrankung; am 15. Januar der E. Herinvalde Friedrich Apel aus Tübingen, 77 Jahre alt - Altersschwäche; am 16. Januar der Seher Richard Knoblich aus Koblitz, 31 Jahre alt - Bauchfellentzündung; am 19. Januar der Seher Oskar Süppner aus Nüßling in Schellen, 66 Jahre alt - Verfallung; am 21. Januar der Seher Julius Elm aus Kammern, 60 Jahre alt - Nierenentzündung; am 24. Januar der Seher Gustav Heide von dort, 67 Jahre alt - Schenkelgelenk; am 25. Januar der Bruder Paul Buchholz von dort, 38 Jahre alt - Lungenerkrankung; am 27. Januar der E. Herinvalde Emil Wacht aus Jersien, 70 Jahre alt - Brustleiden; am 28. Januar der Seher Wilhelm Leutenant von dort, 37 Jahre alt - Lungenerkrankung; am demselben Tage der E. Herinvalde Moritz Wende von dort, 39 Jahre alt - Paralyse;erner der Seher Alfred Mundtke aus Frankfurt a. d. O., 52 Jahre alt - Schlaganfall; am 29. Januar der E. Herinvalde Hermann Rudolph von Wolda, 66 Jahre alt - Grippe, Heroldswalde; am 30. Januar der Bruder Walter Borowak von dort, 25 Jahre alt - Altersschwäche; am demselben Tage der Seher Hermann Leutenant aus Wambitz, 37 Jahre alt - Lungenerkrankung. In Berlin am 17. Januar der Seher Theodor Weichbrod, 47 Jahre alt.